



- Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada
- Zugang zum Markt eines Partners mit ähnlichem Wirtschaftsverständnis in wesentlichen Wirtschaftsbereichen
- Neue Impulse für den Mittelstand – führt zu mehr Handel und Investitionen
- Sichert hierzulande Arbeitsplätze und Wohlstand - Sozialleistungen müssen verdient werden
- Anstieg österreichischer Exporte nach Kanada von 50 Prozent über die nächsten acht Jahre
- hohe europäische Standards bleiben unberührt – [Right-to-Regulate]
- die kulturelle Vielfalt ist vom Abkommen ausgenommen– die Künste sind frei
- Daseinsvorsorge bleibt Sache der einzelnen Mitgliedsstaaten
- ein starkes Europa nützt die Chancen des Handels und stärkt seine Wettbewerbsfähigkeit
- Hohe Bedeutung von CETA, da beispielgebend für zukünftige Abkommen – zeigt die Positionen und unverrückbaren Werte der europäischen Staaten

## INTENTION UND INHALT

CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement, dieses ausverhandelte (noch nicht ratifizierte) Wirtschafts- und Handelsabkommen der EU mit Kanada, hat die Intention, den Handel mit Waren und Dienstleistungen durch den Abbau von Zöllen aber auch durch Abbau von nicht tarifären Handelshemmnissen zu erleichtern und zu vertiefen. Der partnerschaftliche Austausch wird verbessert und sichert Arbeitsplätze und Wohlstand. Da Wirtschaftswachstum verstärkt außerhalb Europas stattfindet und die globale Situation verlässliche Partner verlangt, muss Europa durch eine aktive Handelspolitik versuchen, faire und auf gegenseitigem Respekt beruhende Handelsregeln zu definieren. Mit dem TPP Transpazifischen Abkommen haben Australien, Kanada, Brunei, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, Vietnam, USA mit vierzig Prozent der Weltwirtschaft eine Vereinbarung zur Vertiefung ihres gemeinsamen Markts. Russland, China und weitere asiatische Länder verhandeln Handelsabkommen. Der Nahe Osten wird wohl weiterhin ein schwieriger Handelspartner für Europa sein. All diese Entwicklungen könnten zu Barrieren für die heimische Wirtschaft werden und müssen von der Europäischen Wirtschafts- und Handelspolitik ausgeglichen werden.

## KERNPUNKTE DES ABKOMMENS

### ▪ **Zollabbau:**

Die Zölle für alle Industriegüter werden abgeschafft, für den Großteil gilt dies schon ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens (98,2 Prozent). Für einige Sektoren gelten Übergangsfristen von bis zu sieben Jahren. Berechnungen der Europäischen Kommission zeigen, dass sich durch den Zollabbau europäische Exporteure jährlich 470 Millionen Euro ersparen.

### ▪ **Beseitigung nicht tarifärer Handelshemmnisse:**

Weiters kommt es durch die Anerkennung der gegenseitigen Konformitätsbewertungen (z.B.: Produktzulassungs- und Zertifizierungsverfahren) zu einem Zuwachs der Wirtschaftsleistung in der EU von bis zu € 2,9 Milliarden. Auch die gegenseitige Anerkennung von beruflichen Qualifikationen soll ausgebaut werden.

### ▪ **Regulatorische Kooperation**

Formale Einfuhrkomplifikationen mit entsprechenden Gebühren können mehr kosten, als Zölle und gelten als Handelshemmnisse. Das Entstehen solcher neuer Hemmnisse soll durch eine geregelte Kooperation auf freiwilliger Basis entbehrlich werden. Grundlage ist das bereits bestehende Verpflichtungsniveau, wie es bereits 1994 in den relevanten WTO Abkommen festgelegt ist. Dazu ist ein Koordinierungsforum eingerichtet, welches den Meinungs austausch fördern und die jeweiligen Regulatoren zu einem bilateralen Informationsaustausch, z.B.: in Hinblick auf Testverfahren, ermutigen soll. Das Koordinierungsforum kann zu unterschiedlich Themenbereichen Empfehlungen aussprechen, die rechtlich nicht bindend sind.

### ▪ **Handel mit Dienstleistungen**

CETA soll den Handel mit Dienstleistungen für Europäische Unternehmen erleichtern. Neue Möglichkeiten für Unternehmen sollen in Bereichen der Finanzdienstleistungen, Telekommunikation sowie Energie durch den Zugang zum kanadischen Markt geschaffen werden. Dies könnte bis zu € 5,8 Milliarden an BIP Wachstum für die EU bedeuten.

### ▪ **Öffentliche Beschaffung/Auftragswesen**

Kanada wird künftig seinen Einkauf durch die öffentliche Hand (öffentlichen Beschaffungsmarkt) bis auf die Ebene der Provinzen und Kommunen für europäische Anbieter öffnen. Europäische Unternehmen sind die ersten ausländischen Firmen, die einen solch umfangreichen Zugang erhalten. Ebenso haben kanadische Unternehmen unter Einhaltung unserer Standards die Möglichkeit, mit ihren Angeboten am Markt teilzunehmen. Kanadische Gemeinden haben in etwa ein Auftragsvolumen von € 82 Milliarden pro Jahr (7 Prozent des kanadischen BIPs, 2011). Die Möglichkeit soziale und ökologische Standards nach den eigenen geltenden Standards festzuschreiben, wird nicht eingeschränkt.

## ▪ **Europäische Standards**

Die EU und Kanada werden auch nach Inkrafttreten von CETA eigenständig darüber entscheiden, welche Produkte auf den jeweiligen Märkten zugelassen werden und welchen Standards sie entsprechen müssen. Die Regelungen die bis zum Abschluss gegolten haben – gelten auch weiterhin. Das |Right-to-Regulate| ist das festgeschriebene Recht der Vertragspartner, nach eigenem Ermessen Standards festzulegen und ist in CETA ausdrücklich festgehalten. Eine Absenkung der hohen europäischen Standards in sensiblen Bereichen wie Umweltschutz oder Lebensmittelsicherheit ist aus diesem Grund nicht möglich.

## ▪ **Daseinsvorsorge**

Soziale Dienstleistungen von Krankenkassen, Unfallversicherungen oder Wohlfahrtsverbänden (z.B.: Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz, usw.) werden in CETA neutral behandelt, es gibt hier keine neuen Regelungen oder Verpflichtungen. Gilt auch für den Bereich der Daseinsvorsorge, es gibt keine neuen Pflichten zur Ausschreibung von Dienstleistungen. Die Festlegung der Ausschreibungsbedingungen bleibt den zuständigen Stellen überlassen. CETA enthält, wie alle anderen EU Handelsabkommen, eine allgemeine Regelung, dass Subventionen zur Dienstleistungserbringung zulässig sind.

Gesundheits- und Sozialleistungen aber auch Bildung werden von CETA nicht erfasst. Ebenfalls wird die kulturelle Vielfalt durch CETA nicht beeinträchtigt. Kanada als Initiator der UNSECO-Konvention zur Förderung der kulturellen Vielfalt hat daran ebenfalls kein Interesse.

## ▪ **Verbesserter Schutz geistigen Eigentums**

Rahmenbedingung für Rechte an geistigem Eigentum werden einander angeglichen. Europäische Innovationen, Kunstwerke und Marken erhalten besseren Schutz vor unrechtmäßigen Kopien.

Im Bereich der Lebensmittelproduktion werden Landwirte und Unternehmen vom neuen Schutz der geografischen Herkunftsangaben durch die EU profitieren, zu dem sich nun auch Kanada in CETA verpflichtet hat.

## ▪ **Stärkung der ILO-Kernarbeitsnormen**

Kanada hat bislang sieben von acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert. Der Prozess zur Ratifizierung der achten ist weit fortgeschritten. CETA stellt ausdrücklich klar, dass Lohn- und Sozialdumping abgelehnt wird. CETA sieht keine Verpflichtung der Ratifizierung vor, da auch in diesem Punkt die Entscheidungsfreiheit der Vertragspartner und ihrer Parlamente respektiert werden muss. Das |Right-to-Regulate/Selbstbestimmungsrecht| muss in beide Richtungen wirken dürfen.

## ▪ **Investitionsschutz**

Ein Investitionsschutzabkommen soll Investoren aus einem Vertragsstaat (Heimstaat) bestimmten Schutz im anderen Staat (Gaststaat) zusichern. Die Investor-Staat-Schiedsverfahren wurden in den 1980er Jahren eingeführt um Investitionsstreitigkeiten zu entpolitisieren. Nach Kritik an dem Schiedsgerichtsverfahren ersetzt CETA das alte System

durch ein öffentlich legitimes Investitionsgericht für Streitbeilegung und wahrt so das Gestaltungsrecht des demokratisch-legitimierten Gesetzgebers. Kernelemente des modernen Investitionsschutzes sind:

- ♦ Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bleibt gewahrt - das [Right-to-Regulate/Selbstbestimmungsrecht des Gesetzgebers], wird für alle Politikziele in einem eigenständigen Artikel(Art.8.9 CETA) bekräftigt.
- ♦ Investitionsgericht „tribunal“: Die Vertragsparteien ernennen die Richter, die hohe Ansprüche erfüllen müssen, absolute Unabhängigkeit und Unparteilichkeit muss außer Frage stehen. Dürfen ab ihrer Ernennung nicht mehr parallel als Anwälte oder parteigenannte Gutachter arbeiten.
- ♦ Transparente Verfahren: Die Verhandlungen sind öffentlich und Schriftsätze sowie das Urteil werden veröffentlicht.
- ♦ Verlierer des Verfahrens trägt die Prozesskosten. Missbräuchlicher Inanspruchnahme wird so entgegengewirkt.
- ♦ Berufungsinstanz „appellate tribunal“: Berufungsinstanz mit öffentlich bestellten Richtern – entscheidet transparent
- ♦ Ziel ist es einen multilateralen Investitionsgerichtshof zu etablieren.

CETA definiert klar, unter welchen Voraussetzungen einem Investor Schadenersatz zugesprochen werden kann. Der Vertrag enthält eine abschließende Liste der Sachverhalte, die eine Verletzung der gerechten und billigen Behandlung begründen. CETA legt genau fest, wann eine indirekte Enteignung vorliegt, unter Wahrung des [Right-to-Regulate]: Nicht-diskriminierende Maßnahmen zur Erreichung politischer Ziele (im Bereich Arbeit, Gesundheit oder Umwelt) werden nicht als indirekte Enteignung angesehen, es sei denn, sie sind offensichtlich unverhältnismäßig. Gesetzlich begründete Schikanen, die sich ausschließlich und diskriminierend gegen einen bestimmten Investor richten und einer individuellen Enteignung entsprechen, können in diesem Verfahren geklärt werden.

## STAND DES ABKOMMENS

Der Vertragstext wurde im Februar 2016 finalisiert und ist seit 8. Juli 2016 auch in der deutschen Fassung verfügbar. Die EU-Kommission hat am 5. Juli 2016 dem europäischen Rat vorgeschlagen, das geplante Freihandelsabkommen CETA als ein "gemischtes Abkommen" abzuschließen. "Gemischt" bedeutet: Teile des CETA-Abkommens fallen unter die Zuständigkeit der EU-Mitgliedsstaaten - in diesem Fall müssen auch die nationalen Parlamente dem Abkommen zustimmen. Neben Kanada und der Europäischen Union werden damit auch die EU-Mitgliedsstaaten Vertragsparteien sein. Eine Unterzeichnung des Abkommens (zur Bestätigung der gemeinsamen Textfassung) durch die Mitgliedstaaten wird im Rahmen des EU-Kanada-Gipfels Ende Oktober angestrebt. Die Mitgliedsstaaten entscheiden im EU-Rat auch über die vorläufige Anwendung einzelner Bestimmungen von CETA. Das gilt für jene Regelungsbereiche, die unbestritten in alleiniger EU-Zuständigkeit liegen z.B.: die Vereinbarungen zum Zollabbau und zur öffentlichen Auftragsvergabe. Ihre vorläufige Anwendung würde es ermöglichen, dass EU-Unternehmen sehr bald von den neuen CETA-Regelungen profitieren können. Welche Teile von

CETA die vorläufige Anwendung konkret umfasst, wird durch die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten geprüft und danach - genau wie die Unterzeichnung - im Ratsbeschluss festgelegt. Eine vorläufige Anwendung tritt erst nach Zustimmung des Europaparlaments ein. Der Vertrag über die Arbeitsweise der europäischen Union (AEUV) verlangt das nicht, es entspricht aber ständiger Praxis und verschafft dem Abkommen eine demokratische Legitimation auf EU-Ebene. Die vorläufige Anwendung könnte in der ersten Jahreshälfte 2017 wirksam werden. Die Teile des CETA-Vertrages, die nicht von der vorläufigen Anwendung umfasst sind, können erst nach der Ratifizierung durch alle Mitgliedsstaaten der EU in Kraft treten.

## CHANCEN FÜR EUROPA

- Kanada ist ein wichtiger Handelspartner der EU mit einem Warenhandelsvolumen von € 63 Milliarden im Jahr 2015. Annähernd die Hälfte des Volumens wird von UK beigetragen. BREXIT wird für ein fertiges CETA Abkommen Verhandlungsbedeutung haben. Kanada will auch dann CETA abschließen.
- Die EU ist für Kanada wiederum der zweitbedeutendste Handelspartner nach den USA
- Infolge der Umsetzung des Abkommens dürfte das bilaterale Handelsvolumen bei Waren und Dienstleistungen um rund 23 Prozent steigen.
- Europäische Unternehmen sparen jährlich rund € 470 Millionen an Zöllen ein.
- Das jährliche Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union würde sich um ca. € 12 Milliarden pro Jahr erhöhen.
- Beschaffungsmarkt in Kanada ermöglicht KMUs Zugang und sichert somit Wohlstand und Arbeitsplätze in der EU.
- Exporte nach Kanada sichern 900.000 Jobs und kanadische Firmen beschäftigen 200.000 Menschen in der EU

## CHANCEN FÜR ÖSTERREICH

- Kanada ist der viertwichtigste Überseemarkt für österreichische Produkte. 2015 gingen Exporte im Wert von € 1,03 Milliarden nach Kanada, die Importe im Wert von € 437 Millionen.
- Österreichische Klein- und Mittelbetriebe haben große Chancen am kanadischen Markt Fußzufassen und können überproportional vom Zugang am öffentlichen Beschaffungsmarkt in Kanada profitieren. Gerade die Reduktion der Zugangsbarriere der Nichttarifären Handelshemmnisse wird für KMUs deutliche Erleichterungen schaffen.

- 6 von 10 Euros werden in Österreich im Export verdient, österreichische Exporte könnten sich über acht Jahre um 50 Prozent steigern (laut Studie des FIW, Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft)
- Rund 1000 österreichische Unternehmen pflegen Geschäftsbeziehungen mit Kanada und beschäftigen 2.637 Personen in 112 Niederlassungen vor Ort.

## CETA aus Sicht der LANDWIRTSCHAFT

Welche wirtschaftliche Grundausrichtung will Österreich in Zukunft einschlagen?

Österreich ist ein Exportland aber wo werden in Zukunft die Märkte sein, auf denen Österreich seine im internationalen Vergleich hervorragenden Produkte verkaufen kann? Sind es alleine die Abnehmer in der EU oder in Europa oder sollte auch der überseeische Raum (beide Amerika, Asien) als Zieldestination gewählt werden? Gerade die Russland-Krise mit dem russischen Importverbot von Agrarprodukten hat gezeigt, dass nur Märkte außerhalb Europas die wirkliche Entlastung brachten und noch bringen (Korea, China etc.). Wir müssen und können Österreich nach vorne bringen. Unsere Leistungen in allen Bereichen, auch in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sind gefragt. Doch die Märkte und das kaufkräftige Publikum will erreicht werden. Das geht nur durch eine Offensive (Exportinitiative), ein defensiver Ansatz wird nicht die erforderliche Marktentlastung bringen. Mit CETA ist ein Abkommen gelungen, dass ausgewogen ist und in dem die Vorgaben aus dem landwirtschaftlichen Sektor umgesetzt wurden.

### Folgende Punkte wurden verankert:

- Alle Importprodukte nur nach EU-Lebensmittel-Standards erlaubt, z.B. Fleischproduktion nur ohne Hormone möglich. Bei GVO gelten weiter die EU-Kennzeichnungsregeln.
- Das Vorsorgeprinzip wurde aufgenommen und das |Right-to-Regulate| ist verankert, somit kann jeder Vertragspartner nach eigenem Ermessen Standards festlegen. Seien es Lebensmittel – Umwelt- oder Sozialstandards.
- Verankerung/Ausweitung des Veterinär- und Weinabkommens; z.B. betr. Veterinärzulassung/Audit (Äquivalenz der beiden Systeme)
- Das Kapitel Umwelt/Nachhaltigkeit ist gut verankert und die europäischen Umweltstandards bleiben, siehe Right-to-Regulate, unverändert und können weiterentwickelt werden.
- Ausnahmen für sensible Agrarprodukte für den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen wurden vereinbart
- Vorsichtige EU Marktöffnung bei sensiblen landwirtschaftlichen Produkten durch Zollkontingente, abgesichert durch Mengenbeschränkungen und bei tierischen Erzeugnissen durch ein Einfuhrlizenzsystem.

- Nach einer Implementierungszeit (Phasing-In) von 7 Jahren bei Weizen, 5 Jahren bei Schweine- und Rindfleisch sollen die vollen Importquoten erreicht sein. Alle Quoten werden über ein Lizenzsystem verwaltet.
- Zollfreie Importquoten pro Jahr (Kanada in die EU) bei sensiblen Produkten:
  - 75.000 t - Ractopamin-freies Schweinefleisch
  - 50.000 t - hormonfreies Rindfleisch,
  - 100.000t - Weizen,
  - 8.000 t - Mais;

Zu bedenken gilt, dass Importe im Wettbewerb zu Importen aus Südamerika oder Asien stehen und diese Anteile bedrängen. Die EU braucht Importe von Rohwaren zur Weiterverarbeitung

- Die österreichischen Exportinteressen werden gewahrt. Dazu zählen verarbeitete Lebensmittel, Fruchtsäfte, Energydrinks, Wein, Milchprodukte, wobei sich der Käseexport verdoppeln könnte.
- Bei den Geografischen Ursprungsbezeichnungen ist der EU ein Durchbruch gelungen. Damit Österreich auch in Kanada davon profitieren kann, muss dieses Instrument viel mehr von den österreichischen Erzeugern genutzt werden. In der EU hat dieser Herkunftsschutz große Marktbedeutung. Es ist das rechtliche Vehikel, das die EU zur Verfügung stellt. „Tiroler Speck“ ist nur in Deutsch geschützt, wird aber auch in Kanada verstanden. Voll geschützt sind aber Steirischer Kren und Steirisches Kürbiskernöl.